



Mehr wirtschaftlichen Halt für die Pflegeheime verspricht sich der Pflege-Ausschuss durch das gestern verabschiedete Tarifmodell. Symbolfoto: APA/Gindl

Pilotheime: Rettungsanker ausgeworfen

Der „Geschäftsführende Ausschuss Pflege“ einigte sich gestern auf neue Tagsätze zur Finanzierung der Wohn- und Pflegeheime. Regierung muss zustimmen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Bereits vor Monaten begannen die Tüftelarbeiten, wie die Tagsatzkalkulation so angepasst werden kann, dass sie die Heime nicht in die roten Zahlen treibt. Wie berichtet, läuft seit 2018 ein Pilotprojekt, in welchem derzeit 33 Wohn- und Pflegeheime mit einem neuen, einheitlichen Kosten- und Tarifmodell zu wirtschaften haben. Qualität und Leistung sollten auf diesem Wege erstmals vergleichbar und standardisiert werden. Doch die vom Land fixierten Tag-

„Mit den Tarifen soll sichergestellt werden, dass eine optimale Versorgung weiterhin gegeben ist.“

Bernhard Tilg
(Gesundheitslandesrat, ÖVP)

sätze (sie werden pro Heim und Bewohner gewährt) waren für die Pilotheime viel zu niedrig. Hinzu kam, dass das Land teils sogar Zuschläge für das Pflegepersonal von den Heimen retour verlangte, weil diese nicht den geforderten Personalschlüssel – Stichwort: Personalmangel – erfüllen konnten. Nicht nur die ARGE Altenheime forderte deshalb eine starke Nachbesserung der Tagsatzkalkulation (Grundtarif und Pflegepersonal-Zuschlag).

Im „Geschäftsführenden

Ausschuss Pflege“ (Land, Stadt Innsbruck, Gemeindeverband), der gestern tagte, wurde nun ein neues Modell vorgelegt. Und zur Beschlussfassung an die Landesregierung weiterempfohlen. Ein Umlaufbeschluss soll in Vorbereitung sein.

Auch wenn die Forderung der ARGE nach einer Erhöhung des Grundtarifs um fünf Euro pro Bewohner/Tag nicht erfüllt worden sein dürfte – in Summe zeigten sich die Sitzungsteilnehmer gestern dann doch zufrieden. Das mag auch daran liegen, dass das Land die strikte Trennung von Grundtarif und Pflegepersonal-Zuschlag aufgeweicht haben dürfte. Finanzielle „Überschüsse“ aus dem Personalbereich sollen dem Vernehmen nach heimintern künftig auch zur Abdeckung der Grundtarifkosten verwendet werden, hieß es gestern. Wie hoch die Mehrkosten dieser Erhöhung allerdings ausfallen – das blieb gestern noch unter Verschluss.

Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg, der dem Ausschuss gestern aufgrund eines Wien-Termins (Coronavirus-Stab) nicht beiwohnen konnte, zeigte sich optimistisch, dass durch die neuen Tarife „eine optimale Versorgung aller Pflegebedürftigen auch künftig gegeben ist“. Auch Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf und Innsbrucks Vize-BM Franz Gruber (alle VP) schlossen sich dem an.

„Mehr Integration geht nicht“: Trotzdem droht Abschiebung

Für zwei Lehrlinge in Mangelberufen kam gesetzliche Änderung im Dezember zu spät. Für Asylwerber in Pflegeausbildung wurde Petition gestartet.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Lücken in der neuen gesetzlichen Regelung werden immer offensichtlicher: Bekanntlich hat der Nationalrat im Dezember beschlossen, dass Asylwerber, die vor dem 12. September 2018 eine Lehre in einem Mangelberuf begonnen haben, diese trotz negativen Asylbescheids beenden dürfen. Vielfach erfolgten Ablehnungen aber wenige Tage davor, deshalb herrscht große Unsicherheit. Und dazu gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Betroffen davon sind zwei Lehrlinge im Zillertal bzw. in Osttirol. Die Ausnahmeregelung gilt auch nicht für Ausbildungen etwa in der Pflege. Ein Afghane und eine Frau aus Kamerun bangen deshalb um ihren Aufenthalt in Tirol.

Alle vier sind gut integriert und sprechen ausgezeichnet Deutsch. Besonders unverständlich ist der Fall eines Pakistani, der in Osttirol lebt und dort Tischler lernt. Sein Vater wurde im Kampf gegen die Taliban getötet, der im Grenzgebiet zu Afghanistan aufgewachsene junge Mann entschied sich schließlich zur Flucht. Er wurde in Osttirol von einer Familie aufgenommen, sie hat die Patenschaft für ihn übernommen. Er spricht ausgezeichnet Deutsch, hat gute Noten und war während seines Asylverfahrens sogar als Übersetzer für die Polizei und das Rote Kreuz tätig.

Ein Richter des Bundes-



Heftige Kritik gibt es an Abschiebungen nach Afghanistan, auch von Bischof Hermann Glettler. Weil es ein äußerst unsicheres Land ist. Foto: dpa

verwaltungsgerichts in Linz meinte im Verfahren sogar, dass mehr Integration als bei dem Pakistani nicht gehe. Trotzdem: Die Fluchtgründe des Pakistani wurden vom Bundesamt für Asyl als nicht glaubwürdig eingestuft, sein Antrag auf Asyl schließlich abgelehnt. Und zwar am 6. Dezember 2019, wenige Tage vor dem Beschluss im Nationalrat. Zumindest die mit 10. Februar 2020 angeordnete Abschiebung wurde vorerst gestoppt, ob der Pakistani

bleiben darf oder nicht, weiß aber niemand.

Ähnlich ergeht es einem Elektrotechnik-Lehrling aus dem Zillertal. Er hat den negativen Asylbescheid ebenfalls kurz vor der gesetzlichen Änderung erhalten. Die Ungewissheit ist groß, weil hinter der Zukunft des 20-Jährigen ein großes Fragezeichen steht. Zumindest wurde die Ausweisung vorübergehend ausgesetzt, sein Fall liegt jetzt beim Verfassungsgerichtshof. ÖVP-Bundeskanzler Sebastien

an Kurz hat sich in der Vorwoche gegen weitere gesetzliche Ausnahmen ausgesprochen, vor allem was Asylwerber in einer Pflegeausbildung betrifft. Wie für Mohammad Haroon Faqiri, der derzeit im Ausbildungszentrum West in Innsbruck zum Pflegeassistenten ausgebildet wird. Das Unterstützungskomitee „MHF soll bleiben“ hat deshalb gestern eine Petition ins Leben gerufen, weil der afghanische Asylwerber kein Einzelfall ist.

Unterstützung erhält es von SPÖ, Grünen, Liste Fritz und NEOS. Über die Petition hinaus, die Montagabend bereits von 1100 Personen unterschrieben wurde, wird ein Abschiebestopp für alle Asylwerber gefordert, die eine Ausbildung in einem Mangelberuf absolvieren. Darüber hinaus geht es um die Gleichstellung von schulischen Ausbildungen in Mangelberufen, wie in der Pflege, mit Lehrberufen, die Möglichkeit für Asylwerber, in Mangelberufen eine Lehrausbildung zu beginnen und nach Abschluss ihrer Ausbildung in Österreich zu arbeiten. „Es gibt einen eklatanten Mangel an Pflegekräften in Österreich. Es ist komplett widersinnig, genau jene Menschen außer Landes zu bringen, die beitragen können, diesen Mangel zu verringern“, kritisiert Magdalena Melcher vom Unterstützungskomitee.



Im Internet:
Weitere Informationen finden Sie auf www.tt.com

Politik in Kürze

Baur vor Ausschuss, Schelte für die Bayern

Der Untersuchungsausschuss zur Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) geht endgültig in die heiße Phase. Mittwoch wird die ehemalige Sozialreferentin LR **Christine Baur** (Grüne) befragt. Wegen der Flüchtlingsgesellschaft stand sie in den vergangenen Jahren stets in der Kritik. Baur hat auch die umstrittenen Gehaltserhöhungen für den seinerzeitigen TSD-Geschäftsführer **Harald Bachmaier** abgesegnet. Innerhalb

von vier Jahren erhöhte sich sein Jahresgehalt nämlich um nicht weniger als 40.000 Euro. Der Ex-Geschäftsführer gab dem U-Ausschuss einen Korb und wird nicht als Auskunftsperson zur Verfügung stehen.

Gestern am späten Abend trafen sich Bürgermeister des nördlichen wie südlichen Wipptals, um über künftige Strategien gegen den Brenner-Transitverkehr zu beratschlagen. Dem Ver-

nehmen nach könnte ein Forderungspaket dem Südtiroler LH **Arno Kompatscher** vorgelegt werden. Zudem soll es auch zu einem gemeinsamen Nord- wie Südtiroler Protestbrief gegen EU-Verkehrskommissarin **Adina Valean** kommen.

Das die neue bayerische Verkehrsministerin **Kerstin Schreyer** die angekündigte Verschärfung der Lkw-Kontrollen durch Tirol vehement ablehnt und auch

die Blockabfertigungen als überschießend bezeichnet, sorgte gestern für politische Konter. „Wie wir den Lkw-Verkehr innerhalb unseres Landes kontrollieren, geht die bayerische Ministerin gar nichts an“, so VP-Verkehrssprecher **Florian Riedl**. Die hohe Anzahl an Delikten 2019 (45.000) sollte den Bayern zu denken geben, meint LA **Philip Wohlgemuth** (SP): „Bayern ist gut darin, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.“ (pn, mami)

Kurzmeldungen

Sechs Personen bei zwei Bränden verletzt

Prutz, Leutasch – Zwei Brände in Prutz bzw. Leutasch endeten in insgesamt sechs Personen im Krankenhaus. In Prutz war es eine Ferienwohnung, die am Sonntagabend Feuer fing. Die vier Bewohner der Appartements konnten sich ebenso wie vier weitere Urlauber ins Freie retten. Allerdings erlitten fünf Gäste eine Rauchgasvergiftung und mussten im Zimmer Spital

versorgt werden. Bereits am Sonntagnachmittag geriet der Kamin eines Leutascher Hotels in Brand. Ein 19-jähriger Mitarbeiter wollte das Feuer löschen, erlitt dabei aber Verletzungen und musste in der Klinik versorgt werden. Die übrigen Angestellten und Gäste konnten sich unverseht ins Freie retten. 54 Feuerwehrmänner standen im Einsatz. (TT)



Die Feuerwehr bei den Löscharbeiten in Prutz. Foto: zeitungsfoto.at

Erneut Anschlag auf FPÖ-Büro

Innsbruck – Zum zweiten Mal in einer Woche und zum fünften Mal insgesamt wurde das FPÖ-Büro in der Anichstraße Ziel einer Schmieraktion. Die Freiheitlichen fordern jetzt nächtlichen Polizeischutz für das Büro und loben erneut 3000 Euro Belohnung für Hinweise aus, die zu den Tätern führen. (TT)

Nach Sturz von Podest gestorben

Going – Tragischer Unfall in einer Firma in Going: Ein 61-jähriger Arbeiter ist am Montag rückwärts von einem 50 Zentimeter hohen Podest gefallen. Er schlug mit dem Hinterkopf am Boden auf und erlitt dabei tödliche Verletzungen. Der genaue Unfallhergang ist derzeit noch Gegenstand von Ermittlungen. (TT)

Luegbrücke: Gutachter bestellt

Innsbruck – Beim gestrigen Treffen zwischen den Wipptaler Bürgermeistern, dem Land und der Asfinag im Streit um den geplanten Neubau der Luegbrücke einigte man sich auf einen unabhängigen Gutachter. Dieser soll zeitnah die Asfinag-Pläne evaluieren und im Vergleich zu einer Tunnelvariante prüfen. (TT)